

Dossier Wirtschaftspolitik
2014/11 | 18. Dezember 2014

Standort-Check

Kurzanalyse des Wirtschaftsstandorts Österreich
anhand ausgewählter quantitativer Indikatoren



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorin:
Mag. (FH) Katja Senger, MA
+43 (0)5 90 900-4216
katja.senger@wko.at

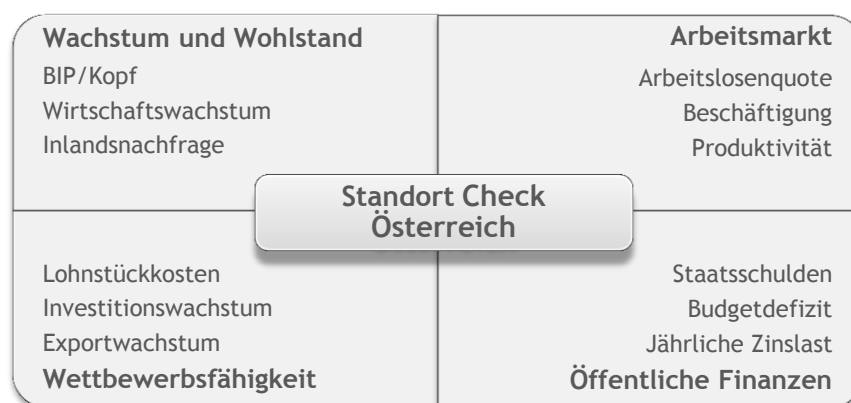
Inhaltsverzeichnis

1	Executive Summary	3
2	Europäischer Kontext	4
3	Ergebnisse auf einen Blick	6
3.1	Makroökonomische Indikatoren für Österreich	6
3.2	Erholung der österreichischen Wirtschaft kommt zum Stillstand	6
3.3	Erster Vergleich und Tendenz	7
4	Standort-Check Österreich: Ergebnisse im Detail	8
4.1	Wachstum und Wohlstand	8
4.1.1	BIP pro Kopf	8
4.1.2	Wirtschaftswachstum	8
4.1.3	Inlandsnachfrage	9
4.2	Arbeitsmarkt	10
4.2.1	Arbeitslosenrate	10
4.2.2	Beschäftigungsquote	10
4.2.3	Arbeitsproduktivität	11
4.3	Internationale Wettbewerbsfähigkeit	12
4.3.1	Lohnstückkosten	12
4.3.2	Investitionswachstum	12
4.3.3	Exportwachstum	13
4.4	Öffentliche Finanzen	14
4.4.1	Öffentliche Verschuldung	14
4.4.2	Budgetsaldo	14
4.4.3	Zinslast	15
5	Zusammenfassung und Bewertung	16
5.1	Stärken- und Schwächen-Profil Österreichs	16
5.2	Benchmarks für Österreich	17
6	Schlussfolgerungen und Empfehlungen für Österreich	19

1 Executive Summary

Der Standort-Check gibt eine Übersicht über 12 makroökonomische Schlüsselindikatoren für Österreich und stellt einen Vergleich mit anderen Staaten der Europäischen Union (EU) her. Zugrunde gelegt werden Daten und Prognosen der Europäischen Kommission (EK)¹. Seit September 2014 kommt es zu methodischen Änderungen bei der Berechnung bestimmter makroökonomischer Größen, wodurch sich insbesondere beim BIP und beim Sektor Staat Revisionen ergeben.

Bei der Auswahl der Indikatoren wurde insbesondere darauf geachtet, dass sie leicht vergleichbar sind und einen aussagekräftigen Vergleich auch zulassen. Basierend auf diesen Voraussetzungen werden die ausgewählten Indikatoren in die Bereiche Wachstum und Wohlstand, Arbeitsmarkt, Wettbewerbsfähigkeit und öffentliche Finanzen gruppiert, um eine strukturiertere Darstellung zu ermöglichen. Dadurch lassen sich auf einen Blick Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Österreich erkennen, wenngleich bei manchen Indikatoren eine differenziertere Betrachtung notwendig ist. Ziel ist eine quantitative, übersichtliche Darstellung der österreichischen Position innerhalb der Europäischen Union.



Übersicht über die ausgewählten Indikatoren für den Standort-Check Österreich

Österreich hat ein sehr hohes Wohlstandsniveau, droht aber aufgrund der schwachen Wachstumsprognosen mittelfristig zurückzufallen. Der österreichische Arbeitsmarkt schneidet im europäischen Vergleich sehr gut ab, wenngleich die Produktivität leicht sinkt. Österreichs Exportwirtschaft ist noch wettbewerbsfähig, steigende Lohnstückkosten und anhaltende Investitionsschwäche stellen aber ein zunehmendes Risiko dar. Im Bereich der öffentlichen Finanzen rutscht Österreich im europäischen Vergleich ab und zählt mittlerweile zu den Ländern mit der höchsten Staatsverschuldung.

¹ European Economic Forecast, Autumn 2014

2 Europäischer Kontext

Entgegen der positiven Aussichten vom Frühjahr hat sich die Wachstumsdynamik im Jahresverlauf abgeschwächt. Die Prognosen für das BIP-Wachstum in der EU und in der Eurozone wurden Anfang November nach unten korrigiert und betragen für 2014 nur noch 1,3 % bzw. 0,8 %. Im Frühjahr war die EK noch von einem Wachstum von 1,6 % für die EU und 1,2 % für die Eurozone ausgegangen.

Insbesondere die Binnennachfrage und die Investitionen blieben hinter den Erwartungen zurück. Die Gründe dafür sind je nach Mitgliedstaat unterschiedlich, insbesondere können aber der Umgang mit einem anhaltenden Konsolidierungsdruck sowie keine konsequente Umsetzung von Strukturreformen und ein allgemein schwaches Vertrauen der Wirtschaftsakteure in die Politik genannt werden. Verlässliche Planbarkeit der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen - eine essentielle Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum - ist praktisch abhandengekommen. Zusätzlich bleiben auch das globale Wirtschaftswachstum und das Welthandelsvolumen hinter den Prognosen zurück, was sich negativ auf die europäischen Exporte auswirkt. Die Wachstumsdynamik in den „Emerging Markets“ lässt nach, außerdem wirken sich die derzeitigen geopolitischen Spannungen negativ auf das globale Wachstum aus.

Die Erholung bleibt insgesamt schwach. Der mittelfristige Ausblick bis 2016 ist mit moderaten Wachstumsraten von 2,0 % für die EU und 1,7 % für die Eurozone vorsichtig optimistisch. Europa liegt damit deutlich hinter den USA zurück, wenngleich die Wachstumsdynamik innerhalb der EU sehr uneinheitlich bleibt. In den europäischen Krisenländern geht es langsam, aber sicher aufwärts. Die teilweise intensiven Reformbemühungen beginnen, erste Früchte zu tragen: Besonders kräftig erholt sich die irische Wirtschaft, aber auch Spanien, Portugal und Griechenland werden 2014 erstmals wieder leicht wachsen. Überdurchschnittliches Wachstum wird für Großbritannien, Polen und die Tschechische Republik prognostiziert. Das Wachstum in Deutschland bleibt etwas hinter den Erwartungen vom Frühjahr zurück, ist aber stabil. Sorgenkinder in Europa bleiben die „Reformverweigerer“ Frankreich und Italien.

Aufgrund der moderaten Wachstumsaussichten gibt es keine Anzeichen auf eine Erhöhung des Zinsniveaus in der Eurozone. Die Inflation bleibt niedrig. Grund dafür sind neben dem schwachen Wachstum insbesondere die sinkenden Öl- und Rohstoffpreise. In der Eurozone rechnet die EK 2014 mit einer Erhöhung der Verbraucherpreise um 0,5 %, in der gesamten EU sollen die Preise um 0,6 % steigen. Auch hier ist die Entwicklung in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, wobei in den Krisenländern auch 2014 noch mit sinkenden Preisen zu rechnen ist. Das niedrige Zins- und Inflationsniveau sollte positive Impulse für die EU-Binnennachfrage setzen, wenngleich die niedrigen Preise Druck auf die Gewinnspannen der Unternehmen bedeuten. Die Abschwächung des Euro wird sich zusätzlich günstig auf die Exporte der Eurozone auswirken.

Der Arbeitsmarkt erholt sich in Europa nur langsam, das Wachstum bleibt zu schwach, um die Arbeitslosenquote deutlich zu senken. Für 2014 wird für die EU eine Arbeitslosenquote von 10,3 % und für die Eurozone von 11,6 % vorausgesagt. Auch hier ist die Situation innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Die Länder mit der höchsten Arbeitslosigkeit bleiben Spanien und Griechenland, jedoch mit sinkender Tendenz. Die öffentlichen Schuldenstände gemessen am BIP entwickeln sich nach wie vor sehr unterschiedlich, Griechenland hat mit 175,5 % die höchste Staatsverschuldung, Estland mit 9,9 % die niedrigste. Zum Vergleich: Die USA ist mit 105 % des BIP verschuldet, Japan sogar mit 246 % (EU-Durchschnitt: 88,1 %). Positiv zeichnet sich in den Prognosen ab, dass die Schuldenstände insbesondere in den Krisenstaaten langsam zu sinken beginnen.

Übersicht: Schlüsselindikatoren für 2014

	BIP Wachstum	BIP/Kopf	Inflation	Inlandsnachfrage	Arbeitslosenquote	Beschäftigungsquote	Produktivität	Lohnstückkosten	Exportwachstum	Investitionen	Staatsschulden	Budgetdefizit	Zinslast
EU 28	1,3	27325	0,6	1,3	10,3	67,3	0,6	1,7	2,9	2,0	88,1	-1,8	2,6
EZ 18	0,8	29156	0,5	0,7	11,6	67,1	0,4	1,1	3,1	0,6	94,7	-1,1	2,7
AT	0,7	34719	1,5	0,7	5,3	74,4	-0,2	2,2	2,2	0,5	87,0	-1,1	2,5
BE	0,9	32193	0,6	0,8	8,5	63,2	0,7	-0,1	3,0	3,6	105,8	-2,6	3,1
BG	1,2	12739	-1,4	1,4	12,0	71,0	1,5	0,5	1,4	1,7	25,3	-3,4	0,8
CY	-2,8	24076	-0,2	-3,2	16,2	57,0	-0,9	-3,7	0,3	-11,1	107,5	-0,8	3,1
CZ	2,5	22527	0,5	2,4	6,3	72,5	2,1	-4,8	8,3	4,6	44,4	-0,7	1,3
DE	1,3	33656	0,9	1,4	5,1	78,0	0,5	2,3	3,3	2,9	74,5	0,7	1,9
DK	0,8	33370	0,4	1,2	6,7	75,3	0,1	1,5	1,1	1,9	44,1	-0,2	1,6
EE	1,9	19958	0,7	2,7	7,8	72,1	2,2	3,0	1,5	2,0	9,9	-0,8	0,1
ES	1,2	25919	-0,1	1,5	24,8	58,4	0,6	-0,1	3,8	1,1	98,1	-2,2	3,3
FI	-0,4	30128	1,2	-0,5	8,6	71,3	0,1	1,4	0,2	-3,0	59,8	-1,1	1,3
FR	0,3	28923	0,6	0,5	10,4	65,7	0,2	1,2	2,3	-2,1	95,5	-3,0	2,2
GR	0,6	19688	-1,0	-0,6	26,8	54,4	0,0	-1,5	5,3	4,5	175,5	2,0	4,3
HR	-0,7	15966	0,2	-1,6	17,7	49,2	0,7	0,4	5,4	-4,1	81,7	-3,9	3,8
HU	3,2	18535	0,1	3,4	8,0	61,5	-0,1	0,2	6,5	12,7	76,9	-2,7	4,1
IE	4,6	36673	0,4	3,0	11,1	63,9	2,6	-3,8	8,0	9,3	110,5	-3,8	4,1
IT	-0,4	26422	0,2	-0,5	12,6	60,5	0,0	0,8	1,5	-2,5	132,2	-0,9	4,7
LT	2,7	20287	0,3	4,0	11,2	65,8	2,1	1,5	-0,2	6,2	41,3	-1,8	1,8
LU	3,0	69249	1,0	1,4	6,1	62,4	0,7	1,2	2,4	-0,6	23,0	1,1	0,4
LV	2,6	18129	0,8	2,5	11,0	67,4	2,3	3,6	1,5	0,5	40,3	-1,5	1,4
MT	3,0	24422	0,7	4,6	6,1	63,8	0,7	2,7	1,0	12,0	71,0	-2,7	2,8
NL	0,9	35573	0,4	0,2	6,9	76,0	1,8	0,7	3,4	2,1	69,7	-0,5	1,5
PL	3,0	18638	0,2	3,7	9,5	58,2	2,0	1,4	3,9	7,7	49,1	-2,9	2,1
PT	0,9	20756	0,0	1,2	14,5	66,9	-0,7	0,3	3,6	1,9	127,7	-1,3	5,0
RO	2,0	14674	1,5	1,2	7,0	69,3	2,0	3,0	8,9	-7,4	39,4	-1,7	1,7
SE	2,0	34782	0,2	2,9	7,9	76,7	0,8	-2,8	2,2	3,9	40,3	-1,5	0,8
SK	2,4	20821	-0,1	3,3	13,4	61,0	1,6	1,9	4,6	4,1	54,1	-2,1	1,8
SL	2,4	22645	0,4	0,7	9,8	66,5	2,0	-1,2	5,1	4,6	82,2	-2,5	3,3
UK	3,1	30057	1,5	3,1	6,2	72,4	0,9	0,6	-0,6	9,1	89,0	-5,0	2,7
US	2,2	41062	1,8	2,4	6,3	70,4	-0,2	1,7	3,4	4,2	105,1	k.A.	3,9

Quelle: Europäische Kommission; *BIP Wachstum, Inlandsnachfrage, Produktivität, Lohnstückkosten, Exportwachstum, Investitionen*: Veränderung ggü. Vorjahr in %; *BIP/Kopf*: BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards; *Beschäftigungsquote*: Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64), *Staatsschulden*: Öffentlicher Schuldenstand in % des BIP, *Budgetdefizit*: Saldo aus Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Haushalts in % des BIP, *Zinslast*: Ausgaben der Republik Österreich für Zinsen auf Staatsschulden in % des BIP

3 Ergebnisse auf einen Blick

3.1 Makroökonomische Indikatoren für Österreich

Österreich	2012	2013	2014	2015	2016
BIP Wachstum (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	0,9	0,2	0,7	1,2	1,5
BIP/Kopf (Ifd. Preise, Kaufkraftstandards)	34.296	34.186	34.719	35.579	36.576
Inlandsnachfrage (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	0,3	-1,0	0,7	1,0	1,4
Inflation ²	2,6	2,1	1,5	1,7	1,8
Arbeitslosenquote	4,3	4,9	5,3	5,4	5,0
Beschäftigungsquote	73,6	74,1	74,4	74,7	75,3
Arbeitsproduktivität (%-Veränderung ggü. Vorjahr)	-0,4	-0,5	-0,2	0,6	0,5
Lohnstückkosten (%-Veränderung ggü. Vorjahr)	3,1	2,6	2,2	1,5	1,5
Exportwachstum (Waren & DL, real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	1,3	1,4	2,2	3,2	4,7
Investitionen (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	0,5	-1,5	0,5	2,0	3,2
Staatsschulden (in % des BIP)	81,7	81,2	87,0	86,1	84,0
Budgetsaldo (in % des BIP)	-1,8	-1,3	-1,1	-1,0	-0,7
Zinslast (Zinsen für Staatsschulden in % des BIP)	2,7	2,6	2,5	2,5	2,5

Quelle: Europäische Kommission

3.2 Erholung der österreichischen Wirtschaft kommt zum Stillstand

Für Österreich wurden die Wachstumsprognosen der EK relativ deutlich zurückgenommen. Ging man im Frühjahr noch von 1,6 % BIP-Wachstum für 2014 aus, rechnet die Kommission im Herbst nur noch mit einem Wachstum von 0,7 %. Die exportstarke österreichische Wirtschaft leidet besonders unter der schwachen globalen Wachstumsdynamik. Die Inlandsnachfrage entwickelt sich zudem verhalten. Österreich verliert 2014 auch seinen Wachstumsvorsprung gegenüber dem EU-Durchschnitt und gegenüber Deutschland.

Obwohl die Beschäftigung in absoluten Zahlen weiter wächst, wird eine steigende Arbeitslosigkeit für 2014 prognostiziert, wodurch Österreich den ersten Platz in punkto Arbeitslosigkeit in der EU an Deutschland verliert. Die Arbeitsproduktivität sinkt aufgrund des schwachen Wachstums auch 2014 leicht, was einen Anstieg der Lohnstückkosten zur Folge hat. Die österreichischen Investitionen wachsen kaum. Die Exporte sollten mittelfristig zulegen, sofern die globale Wachstumsdynamik wieder an Fahrt gewinnt.

Nach den einmaligen Kosten für die Abwicklung der Hypo Alpe Adria, die der Republik im Jahr 2014 entstehen, soll der öffentliche Schuldenstand ab 2015 wieder sinken. Die Zinslast für die Staatsschulden sinkt über den Prognosezeitraum allerdings nicht und steht bei 2,5 % der österreichischen Wirtschaftsleistung, das sind aktuell rund 8,3 Mrd. Euro.

² Die Inflationsrate wird hier wegen ihrer Bedeutung als makroökonomischer Grundindikator mitaufgenommen. Bei der detaillierteren Vergleichsanalyse der Indikatoren wird die Inflationsrate allerdings nicht mehr berücksichtigt, da ein Vergleich der Inflationsraten bei der allgemein niedrigen Inflation in der EU und der derzeit herrschenden deflationären Gefahr in vielen europäischen Ländern schwierig ist. So kann derzeit das Land mit der geringsten Inflation (oder evtl. auch Deflation) nicht als „Best-Practice“ gelten.

Wachstum und Wohlstand ↘

BIP/Kopf

Österreich ist mit einem BIP/Kopf von 34.719 EUR das fünftreichste Land der EU, musste aber im Vergleich zum Vorjahr einen Rang an Schweden abgeben.

Wirtschaftswachstum

Die österreichische Wirtschaft wächst 2014 um 0,7 %, das entspricht nur dem 22. Rang innerhalb der EU. Der Verlust des Wachstumsvorsprungs gegenüber der EU ist die Folge.

Inlandsnachfrage

Die Inlandsnachfrage wächst in Österreich 2014 um 0,7 %. Österreich befindet sich damit innerhalb der EU im hinteren Drittel.



Arbeitsmarkt

Arbeitslosenrate

Österreich hat mit 5,3 % die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in der EU, musste aber den 1. Platz dieses Jahr an Deutschland abgeben.

Beschäftigungsquote

Österreich konnte die Beschäftigungsquote dieses Jahr um 0,3 Prozentpunkte auf 74,4 % steigern. Das ist wie im Vorjahr der fünfthöchste Wert innerhalb der EU.

Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität sank in Österreich 2014 um 0,2 % und damit zum 3. Mal in Folge. Österreich ist hier mit Portugal und Zypern Schlusslicht.

**Standort-Check
Österreich**

Internationale Wettbewerbsfähigkeit ↔

Exportwachstum

Österreich kann seine Exporte 2014 stärker steigern als im Vorjahr. Das Exportland Österreich liegt dennoch nur im europäischen Mittelfeld.

Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten steigen in Österreich 2014 um 2,2 %, damit gehört Österreich dieses Jahr zu jenen Ländern mit dem stärksten Anstieg der Lohnstückkosten in der EU.

Investitionen

Nach einem Negativwachstum 2013 legen die Investitionen 2014 um 0,5 % zu. Österreich befindet sich damit aber nur im hinteren Drittel der EU mit wenig Aussicht auf zunehmende Dynamik.



Öffentliche Finanzen

Verschuldung

Die Verschuldung Österreichs beträgt dieses Jahr 87 % des BIP. Das entspricht der zehnthöchsten Verschuldung innerhalb der EU. Gemessen pro Kopf hat Österreich sogar den vierthöchsten Schuldenstand.

Budgetsaldo

Das österreichische Budgetdefizit beträgt heuer 1,1 % des BIP. Österreich konnte sein Defizit gegenüber 2013 verringern und liegt im europäischen Vergleich im guten Mittelfeld.

Zinslast

Die Zinslast für die Staatsschulden beträgt 2014 wie auch im Vorjahr 2,5 % des BIP. Österreich liegt auch damit im europäischen Mittelfeld.

4 Standort-Check Österreich: Ergebnisse im Detail

4.1 Wachstum und Wohlstand

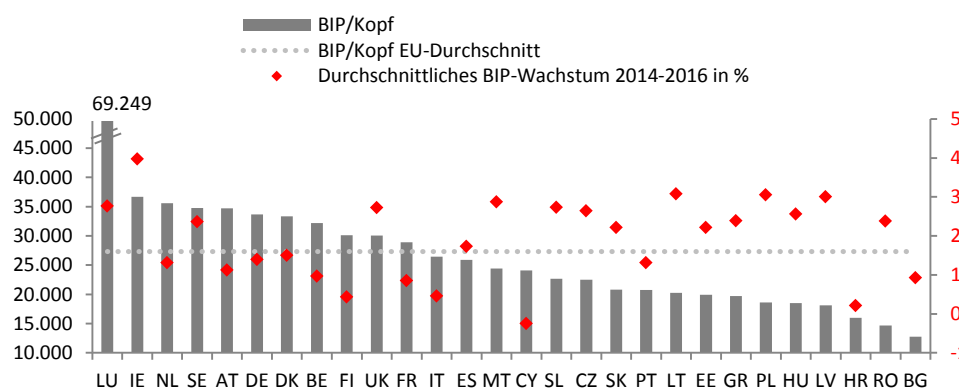
Österreich ist das fünftreichste Land der EU, der Wachstumsvorsprung geht dieses Jahr verloren.

Österreich ist gemessen am BIP pro Kopf eines der reichsten Länder innerhalb der EU, musste allerdings gegenüber dem Vorjahr einen Platz an Schweden abgeben³. Beim Wachstum hinkt Österreich dem europäischen Durchschnitt hinterher, bedingt durch eine Kombination aus schwacher Inlandsnachfrage und stagnierendem Export. Länder mit ähnlich hohem Wohlstandsniveau wie z.B. Schweden oder Dänemark entwickeln sich dynamischer, sodass Österreich mittelfristig seinen Platz in der europäischen Top-Liga zu verlieren droht.

4.1.1 BIP pro Kopf

Das BIP pro Kopf ermöglicht einen Vergleich der Wirtschaftsleistungen von Ländern unterschiedlicher Bevölkerungsgröße. Bereinigt um die Kaufkraft ist es ein Indikator für den Wohlstand eines Landes. Jene EU-Staaten mit niedrigem BIP pro Kopf holen jährlich auf, die Unterschiede bleiben aber groß. Mit einem BIP pro Kopf von 34.719 EUR liegt Österreich EU-weit an 5. Stelle. Trotz einer Steigerung von 533 EUR gegenüber dem Vorjahr wird Österreich dieses Jahr von Schweden überholt und wird aufgrund der schwachen Wachstumsprognosen den verlorenen Platz auch bis 2016 nicht wieder aufholen können. Von den acht reichsten Ländern wird Österreich das geringste Wachstum prognostiziert. Es droht ein mühsamer und langer Aufholprozess, sollte die österreichische Wirtschaft nicht bald wieder auf einen robusteren Wachstumspfad zurück finden.

BIP/Kopf in Kaufkraftstandards 2014 (l.A.) und mittelfristiges BIP-Wachstum (r.A.)



Quelle: Europäische Kommission

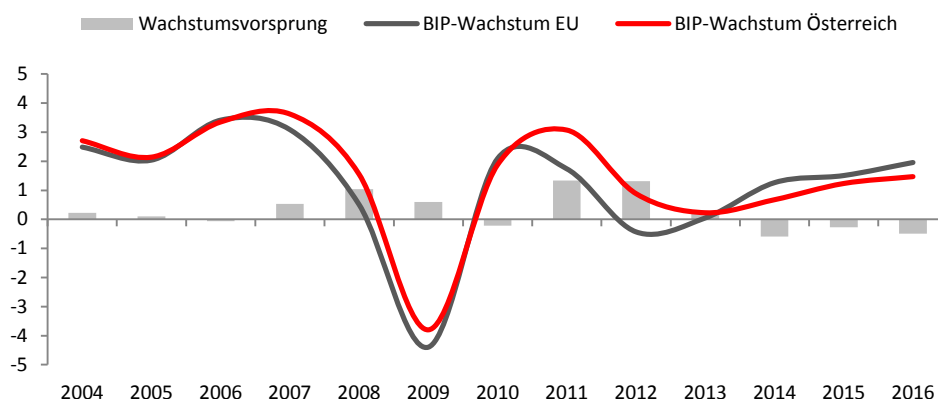
4.1.2 Wirtschaftswachstum

Das Wirtschaftswachstum beträgt in Österreich 2014 nur 0,7 %. Österreich liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt der EU-28 (1,3 %), aber auch unter dem Durchschnitt der Eurozone (0,8 %) und hinter Deutschland (1,3 %). Für Österreich wurden die Wachstumsprognosen besonders deutlich zurückgenommen, im Frühjahr ging die EK noch von einem Wachstum von 1,7 % für dieses Jahr aus. Am stärksten wächst 2014 die irische Wirtschaft, die zwar einen hohen Aufholbedarf infolge der Einbrüche während der Finanzkrise hat, andererseits aber auch von einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik profitiert.

³ Die Platzierung Österreichs ändert sich auch durch die Anwendung der ESVG 2010. Österreich befand sich vor der Umstellung beim BIP/Kopf im EU-Vergleich auf Platz 2.

Überdurchschnittliche Wachstumsdynamik zeigen viele osteuropäische Staaten, insbesondere Tschechien, Polen, Ungarn, die Slowakei und Slowenien, aber auch die baltischen Staaten. Davon könnte Österreichs Exportwirtschaft profitieren. Bis 2016 soll die österreichische Wirtschaft wieder etwas stärker wachsen, allerdings weniger stark als der EU-Durchschnitt. Der Wachstumsvorsprung Österreichs geht damit vorläufig verloren und es werden wirtschaftspolitische Anstrengungen notwendig sein, um den Vorsprung wieder zurückzugewinnen.

Wachstumsvorsprung Österreich gegenüber der EU in %

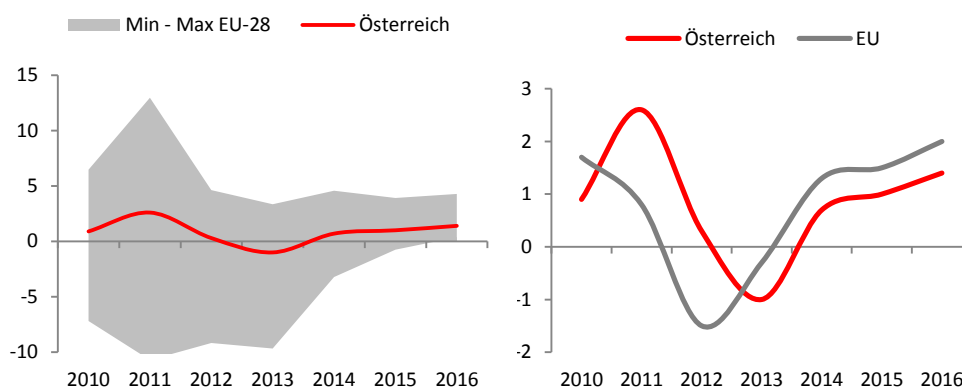


Quelle: Europäische Kommission

4.1.3 Inlandsnachfrage

Die Inlandsnachfrage steigt 2014 in Österreich um 0,7 % und entwickelt sich damit nach einem negativen Wachstum im Vorjahr wieder positiv. Der Anstieg fällt insbesondere in vielen osteuropäischen Ländern weit kräftiger aus, ebenso in Schweden (+2,9 %) und Großbritannien (+3,1 %). Treiber der Inlandsnachfrage sind neben Konsum und öffentlichen Investitionen insbesondere die privaten Investitionen. Eine stabile Inlandsnachfrage kann kurzfristig wichtige Wachstumsimpulse geben und globale Konjunkturabschwächungen abfedern, was für Österreich aufgrund der schwachen Nachfrage aus dem Ausland wichtig wäre. Allerdings lassen in Österreich weder die Konsumnachfrage noch die Investitionen derzeit wesentliche Impulse erwarten. Mittelfristig rechnet die EK für Österreich aber mit einem Anziehen der Inlandsnachfrage, begünstigt durch die anhaltend niedrigen Zinsen und die moderate Inflation. Dennoch bleibt die Dynamik der Inlandsnachfrage in Österreich hinter dem EU-Durchschnitt zurück.

Veränderung der Inlandsnachfrage (ggü. Vorjahr in %)



Quelle: Europäische Kommission

4.2 Arbeitsmarkt

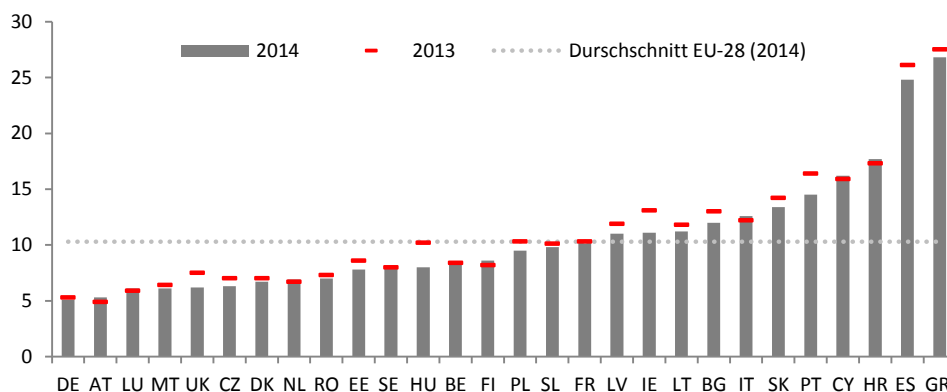
Der österreichische Arbeitsmarkt ist stabil, Risiken durch Fachkräftemangel und sinkende Produktivität.

Österreich war jahrelang das Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit in der EU. Dieses Jahr musste Österreich Platz 1 an Deutschland abgeben und hält nun auf Rang zwei. Die Beschäftigung in Österreich steigt kontinuierlich an, allerdings ist der Zuwachs zu schwach, um die Arbeitslosenrate zu senken. Auch die Produktivität pro Erwerbstätigem fällt aufgrund des verhaltenen Wachstums im europäischen Vergleich zurück.

4.2.1 Arbeitslosenrate

Österreich hat mit 5,3 % die zweitniedrigste Arbeitslosenrate in der EU. Obwohl Österreich dieses Jahr den ersten Platz an Deutschland abgeben musste, zählt Österreich im Vergleich zu einer EU-weiten Arbeitslosenrate von durchschnittlich 10,8 % nach wie vor zu den europäischen Spitzenreitern. Dennoch: Die Arbeitslosenrate steigt dieses Jahr um 0,4 Prozentpunkte und damit zum vierten Mal in Folge. Sie liegt heuer sogar 0,5 Prozentpunkte über jener des Krisenjahres 2009. Seit dem EU-Beitritt Österreichs war die Arbeitslosigkeit noch nie so hoch wie dieses Jahr, während in vielen Ländern die Arbeitslosigkeit sinkt. Bei den derzeitigen Wachstumsprognosen soll die Arbeitslosigkeit in Österreich erst 2016 wieder langsam abnehmen. Gleichzeitig stellt der zunehmende Fachkräftemangel ein immer größeres Risiko für den Arbeitsmarkt und den Wirtschaftsstandort Österreich dar.

Arbeitslosenrate in %



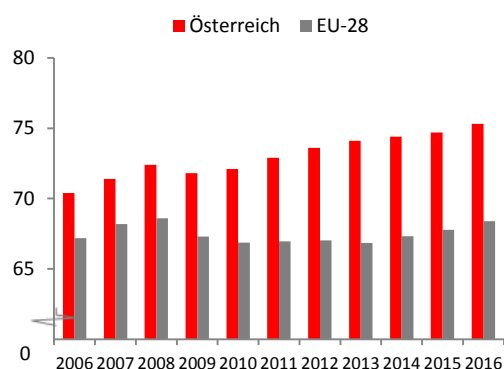
Quelle: Europäische Kommission

4.2.2 Beschäftigungsquote

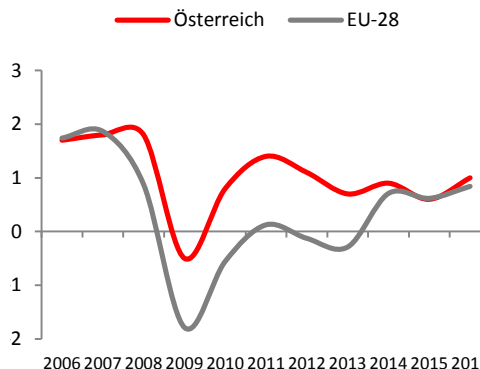
Die Anzahl der Erwerbspersonen steigt in Österreich 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 % an. Gemessen an der Gesamtzahl der erwerbsfähigen Personen entspricht das einer Beschäftigungsquote von 74,4 %, das ist der fünfthöchste Wert in der EU. Die Beschäftigungsquote liegt im EU-Durchschnitt nur bei 67,3 %, wobei es große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt. Die Beschäftigungsquote ist ein Indikator dafür, wie gut eine Volkswirtschaft die ihr zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte nutzt. Österreich konnte sich hier im Verlauf der letzten Jahre um mehrere Prozentpunkte deutlich verbessern. Am höchsten ist die Beschäftigungsquote in Deutschland, gefolgt von Schweden, den Niederlanden und Dänemark.

Unterschiede zeigen sich insbesondere bei der Betrachtung nach Geschlecht und Alter⁴: Die Beschäftigungsquote bei Frauen beträgt in Österreich 67 %, in Schweden hingegen 72,5 %. Von den älteren Arbeitskräften (55 - 64 Jahre) sind in Österreich nur 44,9 % beschäftigt, Österreich liegt damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Führend ist auch hier Schweden vor Deutschland und Dänemark mit Beschäftigungsquoten bei älteren Arbeitskräften von 73,6 %, 63,5 % bzw. 61,7 %.

Beschäftigungsquote in %



Veränderung der Beschäftigung (ggü. Vorjahr in %)

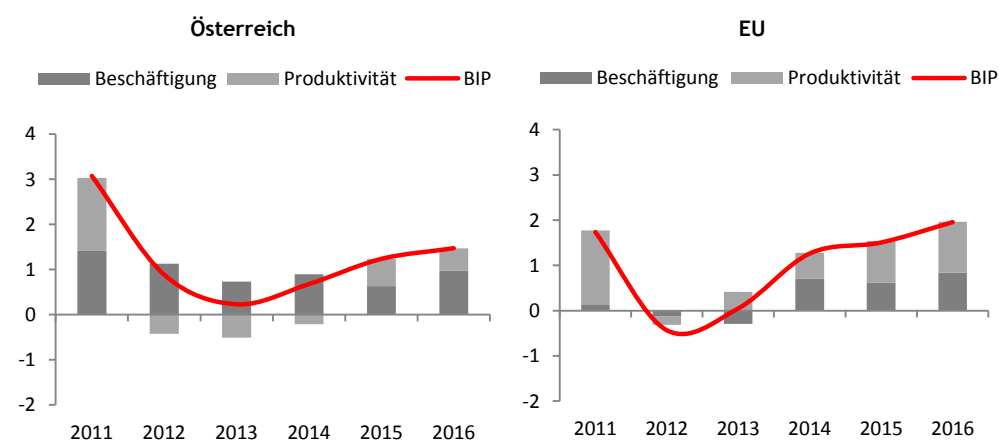


Quelle: Europäische Kommission

4.2.3 Arbeitsproduktivität

Bei der Arbeitsproduktivität muss Österreich 2014 zum dritten Mal in Folge Einbußen hinnehmen. Im EU-Durchschnitt steigt die Produktivität um 0,6 %, getrieben hauptsächlich durch positive Entwicklungen in Irland und in einigen dynamischen Mitgliedstaaten Osteuropas. Grund für den Produktivitätsrückgang in Österreich ist das schwache Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig steigender Beschäftigung. Sinkende Produktivität führt bei konstanten oder steigenden Arbeitnehmerentgelten zu einem Anstieg der Lohnstückkosten und kann ein Risiko für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs darstellen. Einhergehend mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum sollte die österreichische Wirtschaft laut Prognosen der EK aber bis 2016 wieder Produktivitätszuwächse erzielen.

BIP-Wachstum, Beschäftigung und Produktivität (Veränderung ggü. Vorjahr in %)



Quelle: Europäische Kommission

⁴ Letzter verfügbarer Wert bei der Beschäftigungsquote nach Alter und Geschlecht: 2013

4.3 Internationale Wettbewerbsfähigkeit

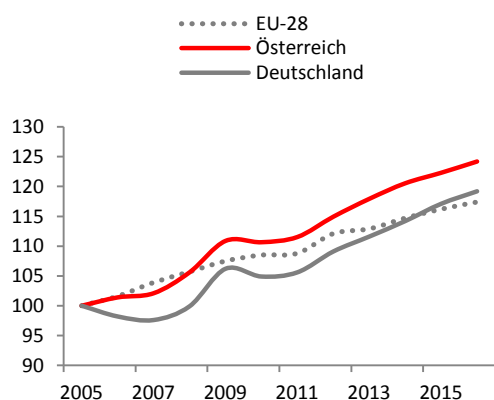
Investitionen wachsen kaum, Lohnstückkosten steigen.

Die Lohnstückkosten steigen in diesem Jahr um 2,2 % und damit weniger stark als in den beiden Jahren davor, jedoch deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die Investitionen wachsen kaum, das Wachstum ist aber nach einem negativen Wert im Vorjahr 2014 zumindest wieder im positiven Bereich, allerdings ohne Anzeichen für eine zunehmende Dynamik. Österreich kann seine Exporte dieses Jahr steigern, kann aber aufgrund des verhaltenen globalen Wachstums nicht zu den starken Wachstumsraten vor der Krise aufschließen.

4.3.1 Lohnstückkosten

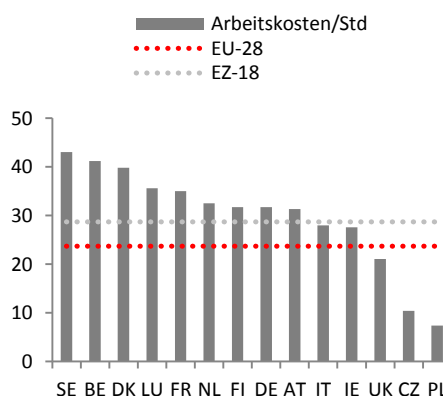
Die Lohnstückkosten sind für ein exportorientiertes Land wie Österreich ein wichtiger Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Sie steigen in Österreich 2014 um 2,2 %, nachdem sie 2012 und 2013 bereits um 2,6 % bzw. 3,1 % gestiegen waren. Der Anstieg schwächt sich damit dieses Jahr leicht ab, verglichen mit dem EU-Durchschnitt von 1,7 % steigen die Lohnstückkosten dennoch überdurchschnittlich. Die Entwicklungen in der EU sind allerdings sehr heterogen. Starke Zuwächse verzeichnen insbesondere die baltischen Staaten, während der Anpassungsbedarf in einigen Ländern anhält. Grund für den überdurchschnittlichen Anstieg in Österreich ist die rückläufige Produktivität bei steigenden Lohnkosten. Gemessen als Index mit Basisjahr 2005 stiegen die Lohnstückkosten in Österreich während der letzten 10 Jahre stärker an als in Deutschland. Bei den Arbeitskosten pro Stunde liegt Österreich mit 31,3 EUR nur mehr knapp hinter Deutschland (31,7 EUR).⁵

Lohnstückkosten, Index (2005=100)



Quelle: Europäische Kommission

Nominelle Arbeitskosten/Std in EUR (ausgewählte Länder)



Quelle: Statistisches Bundesamt

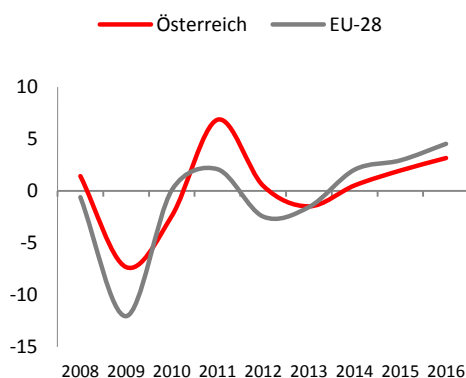
4.3.2 Investitionswachstum

Investitionen sind Voraussetzung für das langfristige Wachstum einer Volkswirtschaft und die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit von morgen. Die Investitionen wachsen 2014 um nur 0,5 %, nachdem sie im Vorjahr um 1,5 % eingebrochen waren. Der positive Wert ergibt sich in erster Linie durch steigende Bauinvestitionen, die Ausrüstungsinvestitionen sind zum dritten Mal in Folge rückläufig und sinken 2014 um 1,1 %. Österreich hinkt damit dem EU-Durchschnitt leicht hinterher und befindet sich beim Investitionswachstum nur an 8. Stelle. Die Entwicklung der Investitionen verläuft allerdings in der EU sehr uneinheitlich.

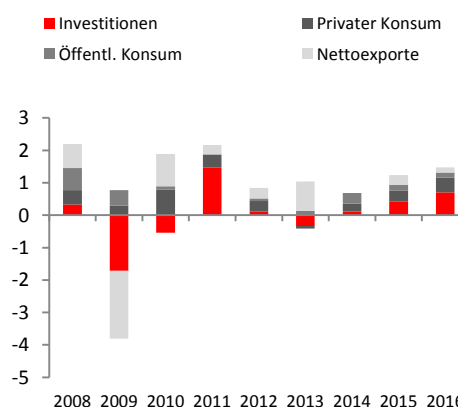
⁵ Letzte verfügbare Daten zu den Arbeitskosten/Std: 2013

Spitzenreiter sind neben Irland und Großbritannien vor allem die osteuropäischen Mitgliedstaaten, allen voran Ungarn, Polen und Litauen, aber auch Malta, mit Investitionszuwächsen zwischen 6 und 12 Prozent. Die Krisenstaaten Griechenland, Spanien und Portugal können erstmals wieder positive Investitionszuwächse verbuchen. Gemessen am BIP kann sich Österreich mit einer Investitionsquote von rund 22 % noch im vorderen Drittel einreihen, die Investitionsquote ist allerdings seit mehreren Jahren rückläufig.

**Veränderung der Anlageinvestitionen
(in % ggü. Vorjahr)**



**Beitrag zum realen BIP-Wachstum in
Prozentpunkten**

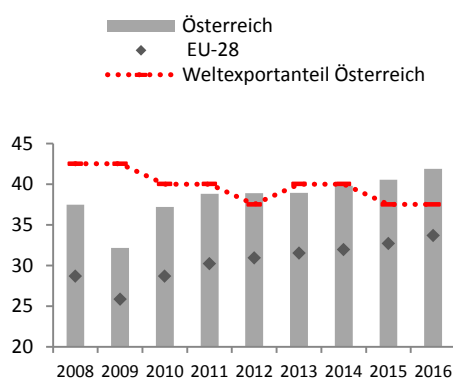


Quelle: Europäische Kommission

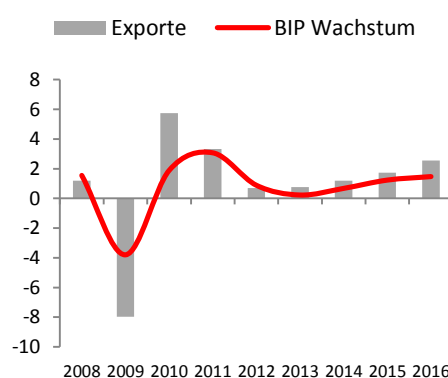
4.3.3 Exportwachstum

Die österreichischen Exporte⁶ legen nach zwei schwachen Jahren 2014 wieder etwas stärker zu. Österreich könnte seine Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 % steigern und 2014 Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 166 Mrd. Euro exportieren. Aufgrund der schleppenden Erholung in manchen europäischen Nachbarländern und der nachlassenden Dynamik beim globalen Wachstum kann Österreich derzeit dennoch nicht zu den hohen Exportwachstumsraten der Jahre vor der Krise aufschließen. Die Außenhandelsbilanz bleibt 2014 positiv. Die Warenexporte gemessen am BIP betragen in Österreich heuer 39,8 %, damit liegt Österreich nach wie vor deutlich über dem EU-Durchschnitt. Vergleicht man Österreich mit Ländern mit ähnlich hohen Lohnstückkosten, haben insbesondere Belgien und die Niederlande mit 63,6 % bzw. 66 % weit höhere Exportquoten als Österreich. Österreichs Anteil an den globalen Exporten wird sich bis 2016 auf 0,9 % reduzieren.

**Warenexporte in % des BIP (l. A.)
Österreichs Anteil an Weltexporten in % (r.A.)**



Wachstumsbeitrag der Exporte zum BIP in %



Quelle: Europäische Kommission

⁶ Waren und Dienstleistungen zu konstanten Preisen von 2010

4.4 Öffentliche Finanzen

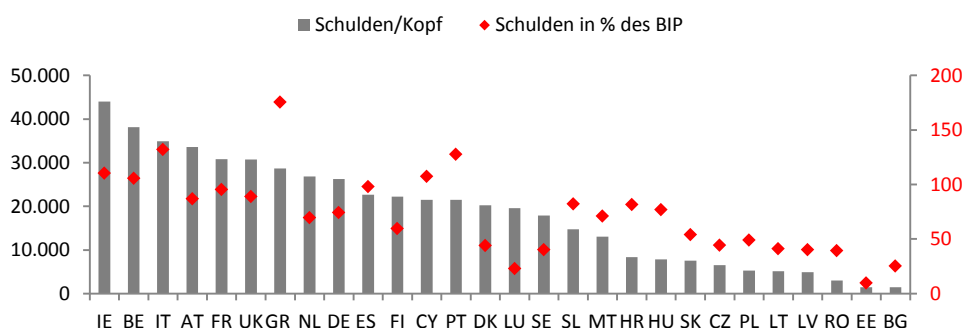
Österreichs Staatsschulden explodieren, die Zinslast ist erheblich.

Österreich hält 2014 bei einer Staatsverschuldung von 87 % des BIP und liegt damit deutlich über der im EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgeschriebenen Grenze von 60 %. Österreich rutscht damit im europäischen Vergleich in die hinteren Reihen. Gemessen an den Schulden pro Kopf nimmt Österreich sogar nur den viertletzten Platz innerhalb der EU ein. Die Republik zahlt im Jahr 2014 rund 2,5 % seines BIP an Zinsen für die Staatsschulden. Das Budgetdefizit beträgt -1,1 % und ist damit zwar rückläufig, allerdings gab es für Österreich für seine Budgetplanung für 2015 aufgrund erheblicher Abweichung vom einzuhaltenden Konsolidierungspfad bereits Rüge aus Brüssel⁷.

4.4.1 Öffentliche Verschuldung

Österreich hat mit 87 % gemessen am BIP die zehnthöchste Staatsverschuldung innerhalb der EU, das entspricht einem Anstieg um 5,8 Prozentpunkte gegenüber 2013. Sieht man von den Ländern ab, die Finanzhilfe unter dem EU-Rettungsschirm erhalten haben, weisen nur Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien noch höhere Schuldenstände gemessen am BIP als Österreich auf. Die Vorgabe des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts von einer öffentlichen Verschuldung von maximal 60 % verfehlt Österreich damit klar. Gemessen an der Bevölkerungszahl hat Österreich sogar den viert höchsten Schuldenstand innerhalb der EU. Dieses Jahr wird der öffentliche Haushalt durch die einmaligen Kosten für die Abwicklung der Hypo Alpe Adria außergewöhnlich belastet, ab 2015 soll der öffentliche Schuldenstand langsam zu sinken beginnen.

Öffentliche Verschuldung pro Kopf in Euro (l.A.) und in % des BIP (r.A.)



Quelle: Europäische Kommission

4.4.2 Budgetsaldo

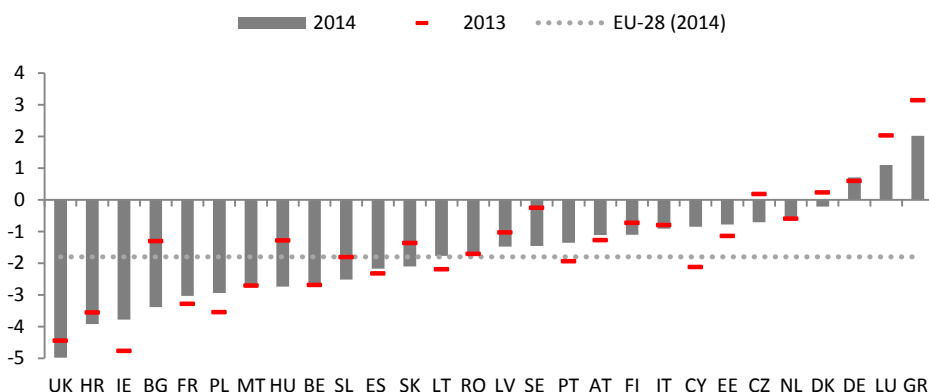
Auf den ersten Blick positiv erscheint die Entwicklung des Budgetsaldos, der zuletzt weiter abgenommen hat und dieses Jahr bei -1,1 % des BIP hält. Bis 2016 soll er auf -0,7 % sinken. Dennoch wird in Österreich jedes Jahr mehr ausgegeben als eingenommen, obwohl die Staatseinnahmen stetig steigen. Österreich weicht damit auch erheblich von dem im Stabilitäts- und Wachstumspakt geforderten Konsolidierungspfad ab und wurde von der EK aufgefordert, sicherzustellen, dass der Haushalt 2015 den Vorgaben des Paktes entspricht. Für Österreich wurde als mittelfristiges Budgetziel ein strukturelles Defizit von -0,45 % des BIP vereinbart, der Anpassungspfad schreibt eine strukturelle Verbesserung von 0,6 Prozentpunkten pro Jahr vor. Österreich verringert sein Defizit 2014 hingegen nur um 0,2 Prozentpunkte. Neben Österreich drohen noch Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Malta und Portugal gegen den Pakt zu verstoßen⁸.

⁷ http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/sgp/pdf/dbp/2014/at_2014-11-28_co_de.pdf

⁸ Die Regeln über die EK-Bewertung der Haushaltspläne gelten nur für Mitglieder der Eurozone.

Einen positiven Budgetsaldo können 2014 nur Deutschland, Luxemburg und aufgrund der massiven Einsparungsmaßnahmen auch Griechenland vorweisen. Deutschland hat bereits seit 2012 ein ausgeglichenes Budget und erwirtschaftet in den letzten Jahren sogar Überschüsse.

Budgetsaldo in % des BIP



Quelle: Europäische Kommission

4.4.3 Zinslast

Aufgrund der hohen Staatsverschuldung zahlt die Republik Österreich dieses Jahr Zinsen in Höhe von 2,5 % des BIP, das entspricht rund 8,3 Mrd. Euro. Die Zinslast hat im Verlauf der letzten Jahre aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus abgenommen: 2006 betrug sie noch 3,1 % des BIP bzw. 8,4 Mrd. Euro. Der öffentliche Schuldenstand liegt allerdings mit 87 % des BIP heute deutlich über dem damaligen Niveau von 67 %. Die Republik trägt damit eine Zinslast von rund 23 Mio. Euro pro Tag. Ein Anstieg der Zinsen auf das Vorkrisenniveau würde die Zinslast beim derzeitigen Schuldenstand stark in die Höhe treiben: Legt man den durchschnittlichen Zinssatz der Jahre 2000 - 2008 zugrunde, würde sich die Zinslast heute beim gleichen Schuldenstand auf über 14 Mrd. Euro belaufen (s. Szenario linke Grafik).

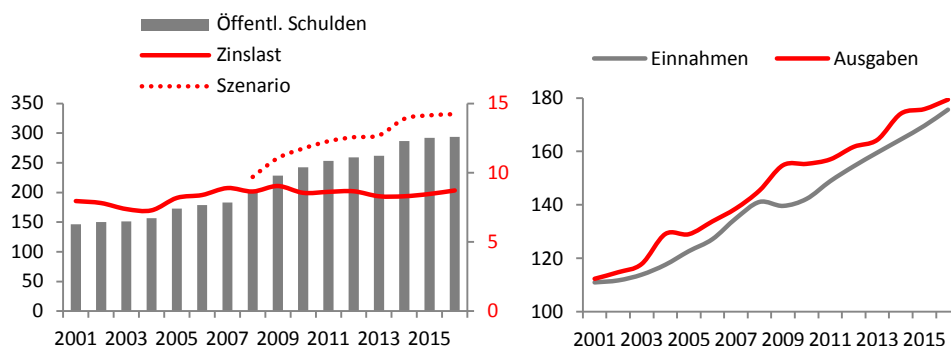
Öffentl. Schulden Österreich in Mrd. EUR (l.A.)

Zinslast Österreich in Mrd. EUR (r.A.)

Szenario mit durchschn. Zinssatz 2000 - 2008, (r.A.)

Einnahmen und Ausgaben des Staates in

Mrd. EUR



Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnung

5 Zusammenfassung und Bewertung

5.1 Stärken- und Schwächen-Profil Österreichs

Wachstum und Wohlstand

Österreich unter den Top 5, droht aber abzurutschen

Österreich ist beim Wohlstandsniveau im europäischen Vergleich sehr gut positioniert. Das Wachstum ist allerdings seit einigen Jahren unterdurchschnittlich, den Wachstumsvorsprung gegenüber dem EU-Durchschnitt wird Österreich bereits heuer verlieren. Von den acht wohlhabendsten Ländern in der EU wird Österreich mittelfristig das geringste Wirtschaftswachstum vorausgesagt. Die Inlandsnachfrage entwickelt sich nur verhalten, sodass Österreich noch stärker auf Nachfrage aus dem Ausland angewiesen ist. Schwaches Wachstum hat negative Folgen für die Finanzierung des Sozialsystems, den Abbau der Staatsschulden, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ankurbelung der Investitionen.

Arbeitsmarkt

Österreich im EU-Spitzenfeld, aber mit Risiken nach unten

Der österreichische Arbeitsmarkt ist stabil, sowohl bei der Arbeitslosenrate als auch bei der Beschäftigungsquote liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld. Österreich profitiert durch das duale System und die berufsbildenden Schulen derzeit noch von gut ausgebildeten Fachkräften, deren Anzahl allerdings in Zukunft weiter abnehmen wird. Das größte Risiko bleibt der Mismatch auf dem österreichischen Arbeitsmarkt: Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit. Negativ entwickelt sich aufgrund des schwachen Wachstums die Produktivität. Die Unternehmen erhöhen trotz enttäuschender Wachstumsraten die Beschäftigung und nehmen dafür sinkende Produktivität in Kauf. Fehlende Kapitalinvestitionen gefährden mittelfristig die Produktivität noch weiter.

Wettbewerbsfähigkeit

Österreichs Position wackelt, Abwärtstrend nimmt zu

Bei sinkender Produktivität sind aufgrund der zugleich steigenden Arbeitnehmerentgelte negative Auswirkungen auf die Lohnstückkosten die Folge, was die ohnehin nur mäßig wachsenden Exporte belastet. Sobald das weltweite Wachstum wieder an Fahrt gewinnt, sollten grundsätzlich auch die österreichischen Exporteure wieder stärker profitieren. Beunruhigend für die langfristige Produktionskapazität und das zukünftige Wachstumspotential der österreichischen Wirtschaft ist die schwache Investitionsdynamik, welche zu einem stetigen Rückgang der Investitionsquote in Österreich führt. Fehlende Kapitalinvestitionen, insbesondere in Ausrüstungen und Kapazitätserweiterungen, schlagen sich in der Zukunft in geringerer Produktivität und sinkender Wettbewerbsfähigkeit nieder.

Öffentliche Finanzen

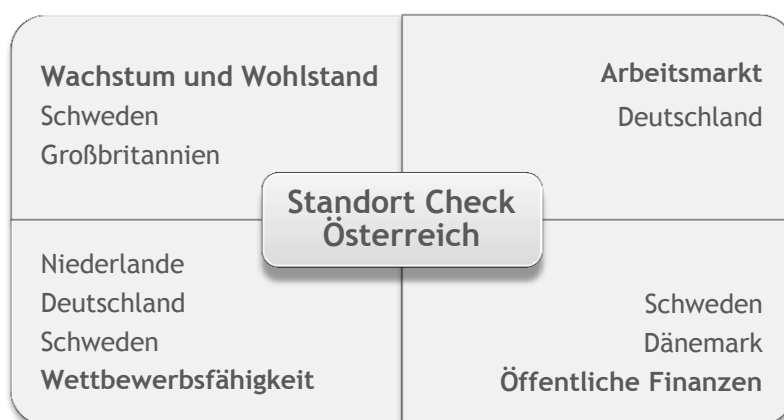
Belastungen für zukünftige Generationen steigen

Österreich ist beim Vergleich der öffentlichen Schuldenstände weit zurückgerutscht und von den Sorgenkindern Frankreich und Italien nicht mehr weit entfernt. Die Opportunitätskosten der Zinslast sind mit 2,5 % des BIP erheblich. Zum Vergleich: Österreichs Ausgaben in den Zukunftsbereich Bildung vom Elementar- bis zum Tertiärbereich betragen nur knapp 6 % des BIP. Insbesondere angesichts der schwachen mittelfristigen Wachstumsprognosen und der steigenden Ausgaben für Pensionen und Gesundheit stellt sich immer mehr die Frage nach der Schuldentragfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Berücksichtigt man zukünftige Ausgaben für Pensionen und Gesundheit, würden Schuldenstand und Zinslast erheblich steigen. Außerdem weicht Österreich bei der Haushaltsplanung für 2015 vom Konsolidierungspfad im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts erheblich ab und wurde von der EK bereits ermahnt, dies zu korrigieren.

5.2 Benchmarks für Österreich

Eine Bewertung der europäischen Top-Performer muss im Lichte sehr heterogener Entwicklungen und Ausgangslagen betrachtet werden. Die Krisenstaaten, allen voran Irland, zeigen dieses Jahr erstmals sehr positive Indikatoren bei Wachstum, Produktivität und Investitionstätigkeit, ebenso schreitet die Anpassung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in den Peripherie-Ländern weiter voran. Diese Entwicklungen müssen vor dem Hintergrund enormer Wertschöpfungsverluste seit Ausbruch der Krise und dem daraus resultierenden Aufholbedarf dieser Länder betrachtet werden und können nicht immer als Maßstab für Österreich gelten. Dennoch zeigt sich am Beispiel dieser Länder klar, dass eine mutige Wirtschaftspolitik mittelfristig belohnt wird und daher unerlässlich für den volkswirtschaftlichen Fortschritt und Erfolg eines Landes ist.

Auch sozialpartnerschaftliche Aspekte und die Größe des Sozialstaates müssen bei den Vergleichen berücksichtigt werden. Ziel für Österreich muss es sein, sich an jenen Ländern zu orientieren, die sich insgesamt in einem Bereich und nicht nur vereinzelt in einem Indikator besser entwickeln.



Europas Top-Performer: Benchmarks für Österreich

Im Bereich Wachstum und Wohlstand ist insbesondere **Schweden** Vorbild für Österreich. Schweden kann sein BIP pro Kopf gemessen am europäischen Durchschnitt bereits seit 15 Jahren auf konstant hohem Niveau halten, konnte Österreich dieses Jahr gemessen in Kaufkraftparitäten überholen und hat die besten Voraussetzungen, um die gute Position mittelfristig zu halten. Während Schweden wie Österreich unter der schwachen Exportnachfrage leiden, stützt sich das Wachstum auf eine stabile Inlandsnachfrage basierend auf guten Vertrauenswerten. Neben dem Konsum entwickeln sich auch die Investitionen dynamischer. Schweden wird deshalb mittelfristig beinahe doppelt so schnell wachsen wie Österreich. Hinsichtlich des Wirtschaftswachstums ist **Großbritannien** dieses Jahr Spitzenreiter. Das Wachstum stützt sich auch dort besonders auf eine starke und stabile Inlandsnachfrage. Die positive Entwicklung der Vertrauensindikatoren deutet darauf hin, dass der Aufschwung in Großbritannien anhalten wird. Allerdings sind sowohl Schuldenstand als auch Defizit bedenklich hoch.

Der österreichische Arbeitsmarkt ist stabil, dennoch steigt die Arbeitslosigkeit seit 2011 stetig an, während insbesondere **Deutschland** seit 10 Jahren auf sinkende Arbeitslosenraten zurückblicken kann. Auch bei der Beschäftigungsquote führt Deutschland die Liste der Top-Performer an, was ein Indikator dafür ist, dass Deutschland sein vorhandenes Arbeitskräftepotenzial besser nützt als Österreich. Insbesondere die älteren Arbeitskräfte sind in Deutschland besser in den Arbeitsmarkt integriert, hier hat Österreich besonders starken Aufholbedarf.

Deutschland kann außerdem die Produktivität steigern und ist damit auch in diesem Bereich Vorbild für Österreich. Zwar können insbesondere die Niederlande dieses Jahr weit höhere Produktivitätssteigerungen vorweisen, haben allerdings aufgrund des flexibleren Arbeitsmarktes zurzeit auch eine höhere Arbeitslosigkeit als Deutschland und Österreich.

Die **Niederlande** und **Deutschland** konnten ihre Warenexporte dieses Jahr stärker steigern als Österreich, die Dynamik soll bis 2016 anhalten. Insbesondere die Niederlande haben mit 65 % eine weit höhere Exportquote als Österreich und können trotzdem weiter kräftig zulegen. Begleitet wird dieser Anstieg von einer moderaten Lohnstückkostenentwicklung in beiden Ländern. Die Lohnstückkosten stiegen in Deutschland seit 2005 um 19 %, in den Niederlanden um 18 %, in Österreich hingegen um 24 %. Bei den Investitionen ist **Schweden** Vorreiter. Schweden hat mit 23 % eine der höchsten Investitionsquoten der EU und kann zusätzlich überdurchschnittliche Zuwächse verbuchen. Die Niederlande haben zwar noch höhere Steigerungsraten, allerdings auch einen weitaus höheren Aufholbedarf als Österreich und Schweden.

Von den ehemaligen EU-15 Mitgliedstaaten haben nur **Schweden** und **Dänemark** eine öffentliche Schuldenquote von unter 60 % des BIP. Beide Länder eignen sich aufgrund eines ähnlich hohen Wohlstandsniveaus und einer ähnlich hohen Staatsquote gut als Benchmark für Österreich. Trotz gut ausgebauter Sozialsysteme und ausgewogener Einkommensverteilungen schaffen es beide Länder, ihre Schulden auf niedrigem Niveau zu halten. Auch während der Wirtschaftskrise konnte ein dramatischer Anstieg der Staatsschulden vermieden werden. Beide Länder haben im Bereich der Sozialsysteme mutige Reformen umgesetzt, den Sozialstaat effizienter und flexibler gemacht und gewährleisten trotz Einsparungen ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Ihren Schuldenstand konnten beide Länder im Laufe der letzten Jahre sogar verringern. Schweden muss deshalb jährlich nur 0,8 % seines BIP an Zinslast tragen und hat dadurch mehr Spielraum für kurzfristige wirtschaftspolitische Maßnahmen und wichtige Zukunftsinvestitionen.

6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen für Österreich

Der erhoffte Aufschwung in Österreich und Europa kommt 2014 zum Stillstand. Wirtschaft und Politik stehen nach wie vor großen Herausforderungen gegenüber. Die EU-Länder entwickeln sich auch dieses Jahr sehr unterschiedlich. Die österreichische Wirtschaft hat gute Voraussetzungen, um langfristig wieder auf einen robusten Wachstumspfad zurückzufinden: Eine vielfältige und differenzierte Wirtschaftsstruktur, eine gute Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten, die geopolitisch günstige Lage, qualifizierte Fachkräfte und eine international anerkannte und konkurrenzfähige Industrie- und Tourismuswirtschaft.

Die Sicherung der Standortqualität und deren weitere Verbesserung müssen oberstes Ziel für Wirtschaft und Politik sein. Österreich hat in einigen Bereichen noch eine sehr gute Position, die Risiken nach unten nehmen allerdings zu. Der anhaltende Stillstand in Österreich führt zusehends zu einer relativen Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit, da sich andere Ländern im Gegensatz zu Österreich dynamischer und besser entwickeln. Österreich darf sich nicht auf den vergangenen Erfolgen ausruhen und sich am Mittelmaß orientieren, sondern muss danach streben, der attraktivste Standort in Europa zu sein.

Folgende Empfehlungen lassen sich für Österreich ableiten:

1. **Investitionen ankurbeln:** Die anhaltende Investitionsschwäche bremst nicht nur den Aufschwung, sondern birgt großes Risiko für die zukünftige Produktionskapazität und Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.
2. **Produktivität steigern:** Die Rahmenbedingungen für Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung verbessern, ein Ansteigen der Lohnstückkosten über dem europäischen Durchschnitt vermeiden.
3. **Arbeitskräftepotential ausschöpfen:** Die Beschäftigungsquote muss weiter erhöht werden, insbesondere ältere Arbeitskräfte und Menschen mit Migrationshintergrund müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden, auch um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
4. **Schulden konsequent abbauen:** Schulden und Zinslast schränken den Handlungsspielraum für die Wirtschaftspolitik ein und sind verlorenes Geld, das nicht für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung steht.
5. **Strukturreformen vorantreiben:** Insbesondere bei den Pensionen, im Gesundheitssystem, im Bildungsbereich und bei der Verwaltung müssen die Strukturen den heutigen Herausforderungen angepasst werden. Nur so können auch die Staatsschulden reduziert und das Sozialsystem nachhaltig finanziert werden. Durch glaubwürdige Reformen wird auch das derzeit fehlende Vertrauen der Wirtschaftsakteure gestärkt und die Standortattraktivität gesteigert.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Dossiers
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung,
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung